

Industriegewerkschaft Metall

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Hans-Jürgen Wentzlaff

■ Telefon: 0521 / 9 64 38 - 14 ■ Mobil: 0170 / 3 33 33 56

■ E-Mail: hans-juergen.wentzlaff@igmetall.de

IG Metall fordert Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge

- Unterschriftenaktion ist angelaufen

Zu Beginn des Jahres 2016 sind die einseitig von den Versicherten zu tragenden Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung gestiegen. Arbeitnehmer müssen durchschnittlich einen Zusatzbeitrag von 1,1 Prozent schultern. Die Belastung kann je nach Einkommen bis zu 47 Euro monatlich und 560 Euro jährlich betragen. Krankenkassen und GesundheitsökonomInnen erwarten für 2017 einen weiteren Anstieg dieser Zusatzbeiträge um rund 0,4 Prozentpunkte auf 1,5 Prozent.

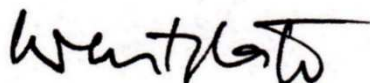
Stattdessen fordert die IG Metall von der Landes- und Bundespolitik, dass die einseitige Belastung der Versicherten beendet und die vollständige Parität wieder hergestellt wird. Im Bereich ihrer Geschäftsstelle Bielefeld läuft deshalb eine Unterschriftenaktion, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. Die in den Betrieben und außerbetrieblich gesammelten Unterschriften sollen zeitnah an die Bundes- und Landtagsabgeordneten in der Region weitergeleitet werden. Die Metaller wollen die Politiker um eine Stellungnahme bitten und zur Unterstützung des Anliegens auffordern.

Die Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung mit Wirkung ab 2011 bei 7,3 Prozent eingefroren zu haben, hält die Gewerkschaft für eine schwerwiegende Fehlentscheidung, die jetzt dringend zurückgenommen werden müsse.

Hans-Jürgen Wentzlaff, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall in Bielefeld sagt, „die Empörung unserer Mitglieder ist groß, weil die Ungerechtigkeit durch die jüngste Erhöhung der Zusatzbeiträge nun auch im Portemonnaie deutlich spürbar ist“. Der Zusatzbeitrag sei verteilungspolitisch ungerecht, weil er einseitig die Versicherten belaste und zugleich die Arbeitgeber von der Finanzierung des medizinischen Fortschritts und steigenden Gesundheitskosten befreie. Zudem setze der Zusatzbeitrag ordnungspolitisch falsche Anreize, weil er die Kassen in einen Kostenwettbewerb um die Höhe der Beiträge zwingt. Dies heiße die Jagd nach jungen, gesunden Versicherten an, da diese für die Kassen „gute Risiken“ darstellten. Statt über Versorgungsqualität und Nähe zu den Versicherten werde der Wettbewerb nun über die Beitragshöhe ausgetragen.

Wentzlaff: „Überzogenen Einkommenserwartungen der Leistungsanbieter müssten – etwa durch eine wirksame Kostenbremse bei Arzneimitteln – Grenzen gesetzt werden.“ Dafür werde sich die IG Metall in den Betrieben, in den Gremien der sozialen Selbstverwaltung und gegenüber der Politik engagieren.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Jürgen Wentzlaff

26.02.2016

IG Metall Bielefeld
Marktstraße 8
33602 Bielefeld

Telefon:

0521 / 9 64 38 - 0

Fax:

0521 / 9 64 38 - 40

E-Mail: bielefeld@igmetall.de

Internet:
www.bielefeld.igmetall.de

IG Metall –
Gewerkschaft
für Produktion und
Dienstleistung im DGB